NSU 2.0
Die Agenten sind unter uns!

Wolfgang Sauer / Meinolf Schönborn

Tauchen! Tarnen! Täuschen! Wer politisch aktiv, aber unkorrekt handelt, bekommt Gesellschaft. Wer sich gar einer Gruppe politisch unkorrekt wirkender Menschen anschließt, - als Beispiel: NSU 2.0 -, kann sich unbedingt sicher sein, daß dort getauchte Bundesagenten (U-Boote) bereits stationiert wurden, und wirken.



Topthema NSU 2.0! Nanu, NSU 2.0? Einen real existierenden nationalsozialistischen Untergrund gibt es bekanntlich nicht. Der NSU erwies sich als Zeitungsente. Die Berichterstattung des Compact Magazins über den „NSU-Prozeß" vernichtete die massenmediale Dichtung vom nationalsozialistischen Untergrund bis nur noch Asche davon übrig blieb. Der NSU ist ein bundesrepublikanisches Märchen. Den NSU gibt es nicht. Doch sollte man aus Vorsicht sagen, den NSU gibt es noch nicht! Es liegen nämlich Hinweise aus den sogenannten „gut unterrichteten Kreisen" vor, die darauf hindeuten, daß ein NSU 2.0 geplant wurde und sich bereits in der Etablierungsphase zu befinden scheint.

Von wem geplant? „Na-Sie-wissen-schon-wer" hat seit über 40 Jahren, seit der Roten Armee Fraktion 1.0, nichts annähernd Glaubwürdiges mehr auf die Beine gestellt, um dem deutschen Volk eine terroristische Inlandsgefahr vorzuspiegeln. Alles ist aufgeflogen. Aufgrund der Erfahrungen mit RAF 1.0 bis 3.0, und jetzt auch noch mit dem NSU 01, vermuten nun nicht wenige hinter dem neuen NSU 2.0 ebenfalls die Finger der Geheimdienste am Werk, mal wieder. Mutmaßlicher Drahtzieher: Die Bundesrepublik Deutschland, wer sonst?

Warum sollten die das tun? Wie wir wissen, versinkt in München der NSU 1.0 mit seinem Prozeß seit einigen Monaten immer mehr in der Bedeutungslosigkeit. Eine ernsthafte Bedrohung des deutschen Volkes durch „Nazikreise" konnte in der Öffentlichkeit weder kriminalistisch, noch juristisch nachgewiesen werden. ***„An unexpected public relation event"*** („unerwartete Public Relation Veranstaltung / Vorkommnis") kommentiert die NSA mit britischem Understatement die denkbar größte Propagandakatastrophe für die Bundesrepublik. Die ***„Nazibedrohungswaffe"*** krepierte noch während des Abfeuerns in aller Öffentlichkeit, in München, vor Gericht und vor den Augen der ganzen Welt, im Rohr. Und ausgerechnet in diesem Moment beginnen die neuen Montagsdemonstrationen / Friedensmahnwachen in mittlerweile in über 100 Städten in der BRD.

Die Ablehnung der meisten Beteiligten sich dort auf „Links-Rechts-Kategorien" verteilen zu lassen, verhinderte eine politische Stigmatisierung der Montagsdemonstrationen im Fernsehen nach Rechtsaußen. Daher unterblieb die Berichterstattung im Fernsehen ganz. Von selten gezeigten Hetzsendungen mit Leuten, die entweder seit über 30 Jahren antifaschistische Arbeit machen oder herzzerreißend schön dumm sind, einmal abgesehen. Der gescheiterte Versuch, Menschen wie Jürgen Elsässer oder Xavier Naidoo als „Neu-Rechte" zu diffamieren, bewirkt das Gegenteil. Die Erkenntnis: ***„Das Gegenteil ist wahr!"*** kommt in Mode. Angeblich „rechte" Themeninhalte entpuppen sich vor den Augen der Öffentlichkeit als konservativer Ausdruck des menschlichen Selbsterhaltungstriebes.

Man denke an die oft thematisierte Macht der Finanzmärkte (*Neusprech: „antisemitische Verschwörungstheorie"*) oder den Erhalt der Familie (*Neusprech: „schwulenfeindliche Hetze"*). Gewiß nerven das zentrale Dauerthema der Ukrainekrise und das gefühlte prorussische Klima die westalliierten Besatzer und deren deutsche Günstlinge. Aber das gefährlichste, für die Bestandssicherung der Bundesrepublik ist, auf den Montagsdemonstrationen die Frage nach der Souveränität, der Besatzung und dem fehlenden Friedensvertrag zu stellen.

Irgendwann entsteht durch Verbreitung dieser Themen in der Bevölkerung ein Regelbedarf. Das will die Bundesrepublik Deutschland verhindern. Aus gutem Grund. Die Bestandssicherung der Bundesrepublik Deutschland nach Innen erfordert die Sicherstellung in der öffentlichen Meinung von zwei Illusionen:

1. ***Die Bundesrepublik Deutschland sei ein souveräner Staat und lebt in Frieden.***
2. ***Es gäbe Nazis zum Bekämpfen.***



Kleiner Zwischenscherz: Die NSA informiert.
Anruf Merkel bei Obama: „Washington, wir haben ein Problem: Heute, nach München, ist NSU 1.0 nicht mehr möglich. Es kann daher für die deutsche Unterverwaltung der alliierten Besatzungsmächte nur noch eine Frage geben: Woher, zum Teufel, bekommen wir jetzt eine echte nationalsozialistische Untergrundbewegung?“

Die zu überprüfende Grundannahme der NSU 2.0 Theorie auf Deutsch: ***Die Bundesrepublik benötigt nach der Pleite mit dem NSU 1.0 einen „echten“ NSU und sendet, zwecks dessen Erschaffung - mittels Provokation und Einflussnahme -, die Bundesagenten in die volkstreuen Kreise.***

Vermutlich, damit diese, - gerne auch vereinzelt -, sich zu gegebener Zeit zu gewalttätigen Aktionen hinreißen lassen mögen. Wichtig wäre auch, eine lose Vernetzung über irgendetwas an sich Unbedeutendes zu organisieren, damit man den „Nazis 2.0“ ein „getarntes Netzwerk“ nachweisen kann. Innerhalb dieses Szenarios ist es zulässig, anzunehmen, daß ein schweres Verbrechen von Bundesagenten oder Dritten ausgeübt werden könnte, und dann aber ahnungslosen volkstreuen Kräften in die Schuhe geschoben würde.

Gäbe es für so ein Szenario ein glaubwürdiges Motiv? Mal sehen...

Warum wimmelt es von bundesdeutschen U-Booten in volkstreuen Kreisen? Was machen die da? Die Fragen führen uns zurück zu den beiden Illusionen, deren öffentliche Akzeptanz unbedingte Voraussetzung für die existenzielle Bestandssicherung der Bundesrepublik ist: *1. Die Bundesrepublik Deutschland sei ein souveräner Staat und lebt in Frieden. 2. Es gäbe Nazis zum Bekämpfen.*

Zuerst zu Punkt 2. ***Ohne Nazis geht es in der BRD (und der restlichen Welt) nicht.*** Nazis sind wegen Hollywood das Herz-Ass im Kampf gegen rechts. Rechts. Das sind alle Menschen, die eine Gefahr für den Bestand der Bundesrepublik Deutschland bedeuten. Sie kennen irgendeinen Teil der Wahrheit und verhalten sich politisch unkorrekt.

Wer sich politisch unkorrekt verhält, bei dem ist die Umerziehung gescheitert! Sofortiges Alarmgebimmel ist die Folge! Gesellschaftliche Ächtung bis hin zum Sprechverbot drohen dem Mehrfachtäter, wirtschaftlicher Ruin winkt am Ende einer langen Reihe von Gesinnungsprozessen dem dennoch Mutigen. Das kann schnell gehen.

Es scheint, als existiere im Gehirn der Umerziehungswächter inzwischen eine Art antrainiertes Denkabkürzungsimplantat. Es aktiviert sich durch gelernte Reizsignale und löst in der linken Hälfte des Gehirns eine direkte Assoziationskette von „politisch unkorrekt“ nach „homophob antisemitischer Nazifaschist“ aus. Das geht so: Schneewittchen -> schwarz – weiß – rot -> Nazi.

Danke, Umerziehung!

Die Umerziehung des deutschen Volkes war bekanntlich „nötig“ geworden, als die Neomarxisten Adorno und Horkheimer, zwei Theoretiker der Frankfurter Schule, im Rahmen einer Volksstudie sowas wie ein protofaschistisches Gen im deutschen Volk



gefunden hatten. Das war im Jahre 1936. In Paris. Auf der Flucht vor den Nationalsozialisten, bevor sie nach Amerika gingen. ***Der Auftrag zu dieser Studie kam vom World Jewish Congress und wurde vom American Jewish Congress finanziert.***

Die Wächter der Bundesrepublik, die Frankfurter Schüler, wittern in ihrem kritischen Wahn strukturellen Faschismus an jeder Ecke, die Familie gar als dessen massenpsychologische Grundlage. Das deutsche Volk sei verseucht. Seit den Tagen der römisch katholischen Kirche ist man hierzulande das Einimpfen von Schuldkomplexen ja gewöhnt, aber langsam ist kein Platz mehr für weitere Schuldkomplexe. ***Es reicht!***

Die Montagsdemos läuten der Bundesregierung die Glocken. Sie sind Künder einer historischen Wende in der Bundesrepublik. Man will endlich das Heucheln nicht weiter ertragen. ***Grundlegende Fragen wie nach der deutschen Souveränität, der Besatzung und dem fehlenden Friedensvertrag erreichen durch die alternativen Medien und gerade durch die Montagsdemos immer weitere Kreise der klassischen Mitte. Das ist sehr unangenehm für manche!***

Lösung? Das absolut Böse muß her. Eine Weltanschauung aus den 1920iger Jahren, der Nationalsozialismus, ist für manche das absolut Böse. Dieser soll als gefühlte Bedrohung im Bewußtsein der Leute, welche mittlerweile im 21. Jahrhundert leben, erhalten bleiben. Nach bald 70 Jahren Verbot dieser Weltanschauung wird das immer schwieriger. ***Kaum einer weiß, was der Nationalsozialismus inhaltlich bedeutet – auch nicht die meisten der sogenannten NEO-NAZIS.***

Eine wissenschaftliche, neutrale Auseinandersetzung ist in der Bundesrepublik nicht zu erwarten, leider. Das Fernsehen lehrt uns, er bedeute Tod, Blut, Massaker und ewige Schuld. Aber immer weniger Menschen fühlen sich heutzutage dafür verantwortlich.

So sinkt mit der Kenntnis insgesamt das Interesse am und die Angst vor dem Nationalsozialismus im deutschen Volk. Washington hätte bald ein Problem, wenn die Leute hier nicht mehr für eine 70 Jahre alte Weltanschauung gerade stehen wollten. ***No more money, honey.*** Denn Bereitschaft zur tätigen Sühne und zahlungskräftiger Buße benötigt selbst im stets neutral aufgeschlossenen und zuvorkommenden Deutschen eine gewisse minimale Schuldakzeptanz.

Hilfe kommt aus Hollywood, der Traumfabrik der letzten Zuflucht. Nur so kann man Otto Normal, kann man das „schuldige Tätervolk“ weiter umerziehen, vorm Fernseher. Seit Jahrzehnten bemüht man sich uns einzureden, daß man Filme aus Hollywood nicht in Frage stellen darf. Aber nicht jeder Fernsehzuschauer glaubt, was er sieht. Das ist für die Besatzer sicherlich eine nervliche Belastung, kann aber ideologisch und gesetzlich noch bekämpft werden. Wenn aber jetzt noch die, für manche unangenehmerweise, völlig ideologiefreien und legitimen Fragen nach der ungeklärten rechtlichen Situation Deutschlands neutral ins Bewußtsein von Otto Normal kämen, dann hätten Washington und seine Jungs ein wirkliches Problem, noch vor morgen früh.

Gerade jetzt, im Zuge der Umsetzung der geplanten Auflösung der Völker, soll auch das deutsche Volk sich wie ein ahnungsloses Lamm zur ***„Stirb-langsam-aber-stirb-Schlachtbank“*** führen lassen. All jene, die das nicht wollen und was tun, stören und müssen diskreditiert werden (Nazi, Faschist, Antisemit, Rassist, Schwulenfeind).

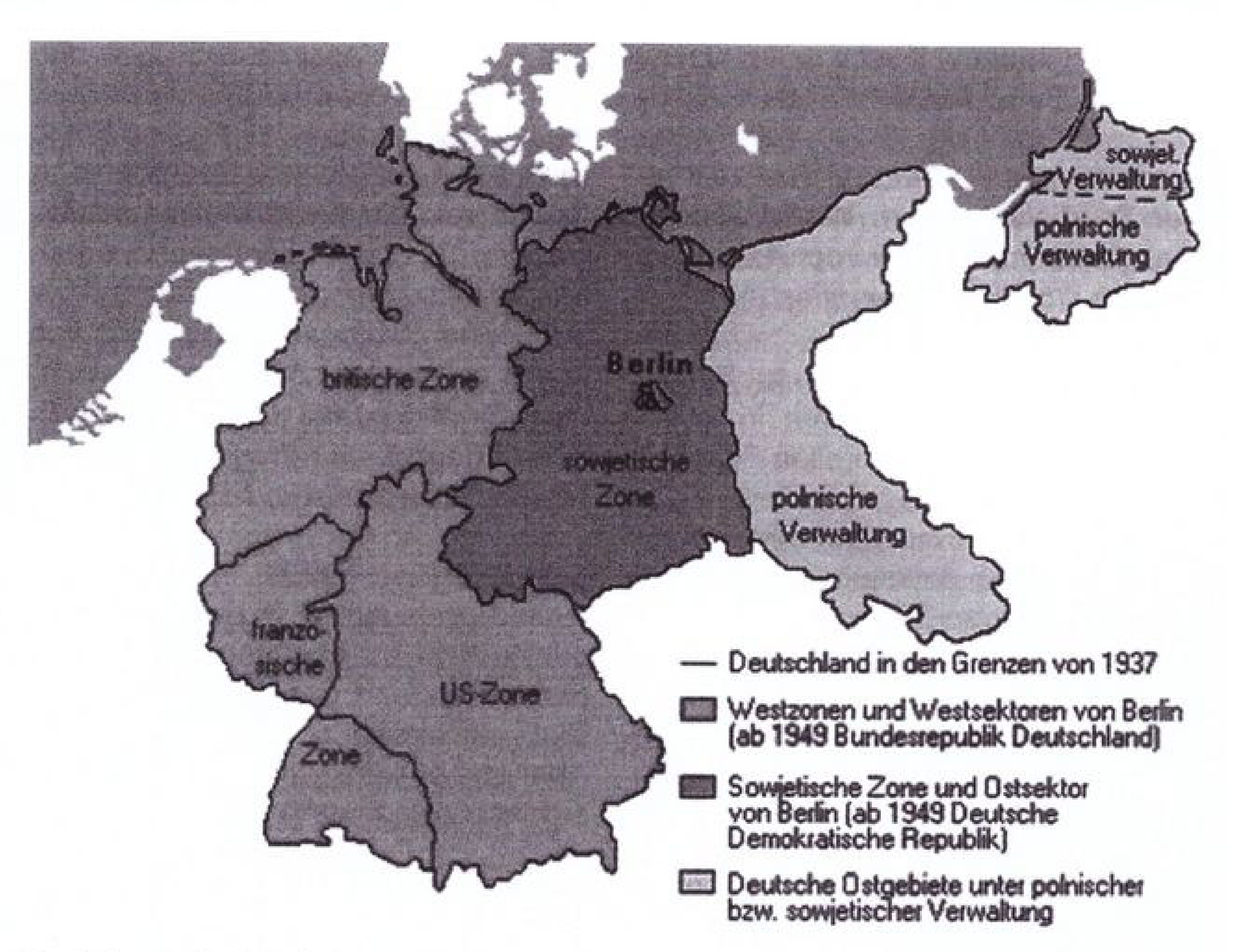
Fazit: Die Bundesrepublik braucht Nazis, als Ausrede der letzten Zuflucht.

Zu Punkt 1. Die volkstreuen Kreise gehen quer durch alle Schichten des deutschen Volkes und wissen in der Regel sehr wohl, daß das Deutsche Reich als Staat noch existiert und sich bis zu einem Friedensvertrag oder dem Endsieg im Kriegszustand mit den Alliierten befindet, und damit auch das deutsche Volk. ***In Wahrheit sind wir nicht frei und souverän, sondern werden beherrscht von einer deutschen Unterverwaltung der alliierten Besatzungsmächte.*** Diese wird von uns seit 1949 „Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland" genannt.

Eine äußere Freiheit für den deutschen Menschen, wie man sie im Fernsehen wahrnimmt, existiert nicht. Sie ist begrenzt. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland die gleiche äußere Freiheit wie Geiseln in einem Gefangenenlager mit Offenem Vollzug. Otto Normal merkt das manchmal an Kleinigkeiten wie an den fehlenden Volksentscheiden in wichtigen Fragen. Ist er „Nur-Fernsehschauer" merkt er weiter nichts, weil Zweifel an Deutschlands Souveränität im Fernsehen nicht vorkommen.

Inzwischen stellt sich nun erfreulicherweise das Internet als der „mAGröFaZ", als der „mit Abstand Größter Fehler aller Zeiten" heraus, den die Internationale Macht je beging. So erklärt sich der anhaltende Trübsinn von Nur-Fernsehschauern gegenüber den Zeitumständen. Denn nicht im Fernsehen, sondern im Internet zeichnet sich die kommende Endniederlage für die Internationale Macht bereits ab. Das angesagte Lebensgefühl eines Aufklärungskriegers ist ansteigende Siegeseuphorie. Die für jeden Lügner immer unbequeme Wahrheit kommt nun langsam, aber unaufhaltsam, ans Licht: ***Die Bundesrepublik Deutschland übt lediglich die Herrschaftsgewalt über deutsche Staatsangehörige aus, darf uns aber völkerrechtlich nicht vertreten oder etwas an den Eigentumsrechten der deutschen Staatsangehörigen verändern!***

Mit einer Besatzungsverwaltung kann daher kein Friedensvertrag abgeschlossen werden. Und so wurde 1990 auch kein Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich geschlossen, sondern die Alliierten hatten lediglich das Zusammenlegen der bisherigen Besatzungsverwaltungen (BRD, DDR, Berlin) genehmigt, bzw. organisiert.



Im „2+4 Vertrag" von 1990 entstand begrifflich neu: „Das vereinte Deutschland." Das hat nichts mit der bis zu einem Friedensvertrag weiterhin gültigen und ursprünglichen Definition der Alliierten zu tun, wonach Deutschland begrifflich das Deutsche Reich bedeutet. Man sollte daher „Das vereinte Deutschland" als Verlegenheitslösung betrachten.

Vereint ist bekanntlich nicht gleichbedeutend mit vereinigt, und schon gar nicht mit wiedervereinigt. So ist es im sogenannten „Potsdamer Abkommen" von 1945 für Deutschland vorgesehen: die Wiedervereinigung Deutschlands als Ganzes. ***Warum ist das 1990 denn nicht geschehen?*** Angst vor Nazis? Angst vor dem Deutschen Reich? Angst vor den Deutschen?

Der neu entstandene Begriff zeigt sprachlich exakt, daß das „Vereinte Deutschland" (*die zusammengelegten Besatzungsverwaltungen BRD, DDR + Berlin*) sich zwar auf dem Gebiet des Deutschen Reichs befindet und die Herrschaftsgewalt über deutsche Staatsangehörige ausübt, es diese aber immer noch nicht vertreten darf. ***Uns vertreten darf nur das „Wiedervereinigte Deutschland", das Deutsche Reich!***

Was Otto Normal noch verstehen muß, aber nicht soll, ist: Die Bundesrepublik Deutschland ist 1. kein Staat, weil sie kein Staatsgebiet hat. Sondern das, was sie hat, ist ein Verwaltungsgebiet auf einem Teil des beschlagnahmten Staatsgebietes des Deutschen Reichs. Sie ist 2. kein Staat, weil sie keine eigenen Staatsangehörigen besitzt, sondern lediglich die Herrschaftsgewalt ausübt über Staatsangehörige des beschlagnahmten und besetzten Staates Deutsches Reich. Und sie ist 3. kein Staat, weil sie nicht einmal wirkliche Staatsgewalt ausübt, sondern nur Herrschaftsgewalt. Denn die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Entstehung nicht den Staatsangehörigen des Deutschen Reichs zu verdanken, sondern den Regierungen der alliierten Besatzungsmächte. Das könnte Otto Normal anhand vom Genehmigungsschreiben der Alliierten zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 deutlich sehen, wenn er es kennen würde.

„Ja, aber wir haben doch jetzt eine Demokratie mit freien Wahlen", hört man Otto Normal verschnaubt entgegnen. Dazu lässt sich folgendes anmerken: ***In einem militärisch besetzten Gebiet gibt es keine freien Wahlen! In so einem militärisch besetzten Gebiet kommt es nicht auf die Wähler an, sonder auf jene, die die „abgegebenen Stimmen" auszählen!***

Das Deutsche Reich ist militärisch besetzt – bis heute! Da man diesen Zustand auf der juristischen Ebene recht artig aufzeigen kann, wimmelt es seit über 10 Jahren von Bundesagenten, die das klare einfache Wissen im Volk vernebeln und in jede der menschlichen Phantasie zugängliche

Richtung abgleiten lassen. Der ganze Aufwand deshalb, damit Otto Normal, gewöhnlich eher ängstlich vorsichtig eingestellt, sich dann lieber doch nicht mit diesen „anrüchigen" (*Deutsches Reich*) oder „spinnerten" (*BRD ist kein Staat*) Themen befasse. Diese würden, wenn wahrheitsgemäß in der Öffentlichkeit behandelt, einen politischen Tsunami auslösen.

Denn wenn Otto Normal merkt, daß auch er selbst, als Staatsangehöriger des Deutschen Reichs, militärisch besetzt ist – bis heute, dann dauert es nicht lange, bis auch er feststellt, daß er sich in einer Art Offenen Vollzugshaft befindet, daß seine Interessen von niemandem vertreten werden, und daß die Bundesregierung gerade ***nicht*** aus lauter Vollidioten besteht, sondern aus sehr intelligenten Günstlingen der Internationalen Macht. Es dämmert langsam: ***„Offensichtlich verfolgen diese Günstlinge mit Absicht verborgene Pläne, die man im Fernsehen nicht wahrnimmt."*** Diese Erkenntnis könnte ihn verärgern.

Wenn Otto Normal dann der Frage nach dem fehlenden Friedensvertrag nachginge, ließe ihn das die infame Ungeheuerlichkeit von 1990 erkennen. Keine Wiedervereinigung, kein Friedensvertrag, kein Ende der Besatzung. Das Ganze war falsch. Die Souveränitätsmaske fällt und zerbirst am Boden der Realität. Innerlich erschüttert blickt er auf die Trümmerreste seiner ***„Politiker-sind-dumm-Theorie" „... denn sie wissen ganz genau, was sie tun."*** Nun ist es ohne Lüge gewiß: Unter diesen Umständen bekommt er, Otto Normal, niemals einen Friedensvertrag! Auch mit absoluter Sicherheit keine Souveränität! Erkenntnis: Otto Normal bleibt ewig unfrei. - Das könnte ihn wütend machen.

Großes Kino: Jetzt genügt der berühmte Tropfen und Ottos Faß läuft über. Aufgrund des Internets passiert es bei zehn Millionen Menschen gleichzeitig.

Bumm!

Davor könnte die Besatzungsverwaltung sich fürchten. Das würde übrigens auch erklären, warum plötzlich eine Montagsdemo 2.0 entstanden ist. Man ist dort jetzt nicht mehr ***für Frieden und für Souveränität***, sondern ***gegen Krieg und Faschismus***. Die Fragen nach Deutscher Souveränität, Besatzung und fehlender Friedensvertrag sollen in Zukunft ausgeklammert werden.

„Nachtigall, ick hör' Dir trapsen...!"

Was wir erleben, ist, eine real existierende politisch-korrekte Verhaltensmaßregelung der Teilnehmer an den Montagsdemonstrationen. Ganz im Sinne der Bestandssicherung der Bundesrepublik Deutschland. Vermeidung der tödlichen Themen Souveränität, Besatzung und fehlender Friedensvertrag. Stattdessen Ablenkung auf ein Feindbild: gegen Faschismus.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Warum ist man wohl gegen Faschismus, wenn es hierzulande Nazis gibt? Oder sind Faschisten Ersatznazis, weil es doch keine Nazis gibt? Oder zu wenig? Gibt es vielleicht einen ganz natürlichen Grund? Sind heutige Faschisten schlimmer als moderne Nazis?

Wohl eher ist die Sprachauswahl einer alten Ideologie aus dem 19. Jahrhundert geschuldet. Dem Marxismus. Bekanntlich ist Marxismus auf Weltbeherrschung ausgelegt und orientiert sich dementsprechend international. Faschistenvorteil für Neomarxisten. Kraft linksintellektueller Analysefähigkeit erkennt er schlau: Der Faschist, gerade auch sprachlich, ist international auffindbar, wogegen der Nationalsozialist nur national vorkommt. Aber das nur am Rande.

Wir bemerken, die Montagsdemos sind jetzt unterwandert. Sie waren also tatsächlich gefährlich. Vermutlich, weil viele aus dem Volk einfach mal frei gesprochen hatten. Kleiner Vers dazu: *„Der Leute und der Städte Zahl, es wurden immer mehr. Vorschlug dann auch immer wer: Des Montag Spaltung müsse her."* Man darf gespannt sein, wie das weitergeht.

Fazit: Das Deutsche Reich ist militärisch besetztes Gebiet seit 1945 – bis heute. Wir haben keinen Friedensvertrag seit 1945 – bis heute. Wir sind nicht souverän seit 1945 – bis heute. Die Bundesregierung, - aus rechtswissenschaftlicher Sicht müßte man sie korrekt als „die deutsche Unterverwaltung der alliierten Besatzungsmächte" bezeichnen -, verwaltet Staatsangehörige des Deutschen Reichs innerhalb ihres Verwaltungsgebietes (BRD, DDR + Berlin) auf dem Staatsgebiet des Deutschen Reichs. Sie übt lediglich Herrschaftsgewalt aus, darf aber die Staatsangehörigen des Deutschen Reichs nicht vertreten. Die Bundesrepublik Deutschland ist, erklärtermaßen gemäß höchstrichterlicher Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs. Daher konnte und kann sie niemals einen Friedensvertrag machen.

Der Versuch, den Montagsdemonstranten genau diese Themen aus der Hand zu schlagen, die das deutsche Volk am meisten belasten, beweist, daß diese Themen das deutsche Volk auch in Wirklichkeit am meisten belasten. Denn:
„Wenn Du wissen willst, wer Dich beherrscht, mußt Du nur herausfinden, wen Du nicht kritisieren darfst." – Voltaire, 1694 – 1778.



Ein abschließendes Wort noch zum NSU 2.0: Da es hierfür, leider, bisher keinerlei gerichtlich verwertbare Beweise gibt, sollte der Leser den Inhalt dieses Artikels locker entspannt als „VW", als ***„Vorsorgliche Warnung"***, vor einem erneuten, gegenwärtigen, geheimdienstlichen Angriff seitens der Besatzungsverwaltung auf die volkstreuen Kreise verstehen, und das mit guten Freunden gelegentlich in aller Gemütlichkeit besprechen.

Aber dennoch muß die Parole für uns alle heißen „Sei wachsam!"

NSU 2.0 – Die Agenten sind unter uns! - Teil II Spionageabwehr

A. W. Sauer

Fortsetzung aus Heft 05-2014

Es beginnt mit einer Feststellung: Eine funktionierende Spionageabwehr, welche die wahrheitstreuen Kräfte vor Infiltration, Verrat und Sabotage schützen könnte, existiert nicht.



An einen funktionierenden Spionage-Abwehr-Dienst aus den Reihen der wahrheitstreuen Kräfte mit Zentrale, Leute, Autos usw. möge man, bei Belieben, vor dem Einschlafen denken, aber sonst keine Zeit damit verschwenden. So eine Organisation ist in einem militärisch besetzten Land undenkbar.

Überall, regional-elitäre Einheiten & Verbände ausgenommen, ist die Angriffsfläche groß und unbewacht. Die Gruppen sind bisher, Stand 2015, alle sehr einfach zu infiltrieren. Das U-Boot, der psychoanalytisch geschulte Bundesagent, verbleibt oft jahrelang unerkannt auf Tauchstation, bis ES durch irgendwas „zu sehr" Auffälliges beim Auftauchen erwischt wird. So wird denn oft erst nach eingetretenem Schadensfall klar, daß die Katastrophe durch geistigen (*Desinformation*) oder stofflichen (*Sachbeschädigung*) Torpedobeschuß eines feindlichen U-Bootes erfolgte.

Spionageabwehr – Der Tragödie zweiter Teil. Wir haben hier ein seelisches Drama in unzähligen Aufzügen vorliegen. Wer ewig strebend sich bemüht, den können die Engel vielleicht in Goethe's Faust erlösen, aber in der Besatzungsverwaltung Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Engel. Einen wirksamen Schutz vor Spionage, die „Erlösung", muß jeder selbst hinbekommen.

1. Aufzug, 2. Szene.

„Ja, wie denn?", brüllt es manch' einem aus den Tiefen der inneren Wahrnehmung hinauf ins Hirn. Ein ernsthaft besorgter Mensch ohne Humor könnte angesichts der Machtlosigkeit gegenüber dieser schier aussichtslosen Überflutung feindlicher U-Boote in den eigenen Reihen in unbändige Wut verfallen.

Wir sehen, man sei sehr vorsichtig, dieses Thema vor sich selbst zu erwähnen. Denn, wenn „SIE", die innere Stimme, davon hört, gerät Sie in Zorn und hat Aufwallungen. Den dennoch mutigen Forscher ernüchtert dann alsbald eine unbequeme Ahnung kalt: Die innere Wahrnehmung ist vermutlich - als das „Instrument, der letzten Zuflucht" - das einzig verbleibende, greifbare Werkzeug, was jedem bleibt, um sich hüten zu können.

„Ist das alles?", fragt fassungslos mit Schreck nun die linke Hälfte ratlos. Die linke Gehirnhälfte ist bekanntlich für Logik, Analyse, Wissenschaftlichkeit und äußere Wahrnehmung zuständig - ihren Glückspunkt aktiv im Diesseits durch Beherrschung (*Dominanz*) des Stofflichen (*Materie*) suchend. Wenn sie etwas nicht kontrollieren kann, macht es sie, die Linke, nervös.

Die Frage von Links verhallt unbeantwortet. Im Gehirn herrscht bewegungslose Stille. Das Schweigen von Rechts ist Absicht. Die rechte Gehirnhälfte – ihren Glückspunkt passiv im Jenseits durch Hingabe (*Bsp.: Meditation*) ans Geistige (*Bsp.: Nirwana, Walhalla*) suchend - fühlt sich mit dem „Instrument, der letzten Zuflucht", ruhig & sicher und will kein fruchtloses Geschnatter führen mit Gedanken über Urvertrauen aus den Reihen der linken Hälfte.
Eine kleine regional-elitäre Bewußtseinseinheit im Gehirnmittelbalken erreicht Verbandsstärke und durchbricht nach beiden Seiten die Mauer des Schweigens mit der Information:

„Das Ganze ist wichtig."

Wie im Artikel NSU 2.0 – Die Agenten sind unter uns! (RuW 5/2014) dargestellt wurde, ist die Hauptkampflinie in der Aufklärung: 1. die nicht vorhandene Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, 2. die andauernde Besatzung und 3. der fehlende Friedensvertrag. Die Agenten der Besatzungsverwaltung BRD versuchen alles, um diese Erkenntnis zu vernebeln, abzuschwächen, zu unterdrücken oder lächerlich zu machen, gegebenenfalls auch zu diskreditieren.

Es hat sich gezeigt, daß man im rechtswissenschaftlichen Bereich der Aufklärung anhand der Argumentation der Besatzungsagenten diese als Besatzungsagenten erkennen und enttarnen kann. Wir wollen uns an dieser Stelle nicht darüber streiten, von welchem Dienst diese Leute kommen oder ob und welcher Loge sie angehören mögen. Es ist egal, welche Uniform der alliierte Feind trägt.

Eine Enttarnung durch Argumentationsanalyse ist abhängig vom Fachwissen. In der rechtlichen Aufklärungsszene herrscht für den juristischen Laien ein schier undurchdringbares Dickicht an sich widersprechenden Aussagen. Von dem Gefasel einer Firma BRD GmbH über staatenlos bis hin zur Entnazifizierung durch die Russen ist den Besatzungsagenten nichts zu schade und nichts zu blöd.

Man fragt sich nur, wieso fallen so viele darauf herein? Ach, tun das denn wirklich so viele? Oder sind das meist Agenten? Otto Normal fällt jedenfalls nicht darauf rein, immerhin. Der glaubt zwar noch an die „Es-ist-alles-okay-mit-der-BRD" Version aus dem Fernseher, aber driftet zumindest nicht in substanzlose Wahnfantasien ab. In den Reihen der rechtlichen Aufklärungsszene sieht das aber ganz anders aus. Es findet sich natürlich niemand, der die Version aus dem Fernseher ernst nimmt. So dumm sind auch oder gera-

de Berufsagenten nicht! Aber es finden sich sehr viele, die strategisch gekonnt das einfache Wissen vernebeln oder die Zielrichtung auf energieaufwendige Nebenkriegsschauplätze lenken, oftmals gepaart mit den absurdesten Inhalten.



Sind das alles Agenten?

Wenn ja, haben wir ein Problem. Wenn nicht, dann besteht Hoffnung durch Aufklärung. Und in der Tat unterscheidet sich der Besatzungsagent vom juristischen Laienforscher darin, daß dieser ganz und gar aufklärungsresistent ist, während der juristische Laie, welcher ernsthaft um Wahrheitsfindung bemüht ist, sich von rechtswissenschaftlichen Beweisen überzeugen läßt.

Das Wissen um den tatsächlichen Zustand der Bundesrepublik Deutschland müssen die Besatzungsagenten natürlich bekämpfen und unterdrücken. Erfahrene Laienjuristen wissen, welche Bedeutung die Verfassung von 1919, die Militärregierungsgesetzgebung, das Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz, der Überleitungsvertrag und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 für die deutsche Situation haben. Diese Menschen sind „austherapiert", was meint, sie lassen sich nicht mehr veräppeln.

Der Neuling, der aufklärungswillige Forscher, welcher sich als juristischer Laie neu mit diesem Thema befaßt, ist daher mittlerweile das Hauptziel der psychoanalytisch sehr gut geschulten Bundesagenten. Im Kampf um das Bewußtsein erkennen wir daran einen Rückzug auf eine untere Wissensebene und verbuchen dieses Verhalten mit Genugtuung als Sieg der wahrheitstreuen Kräfte über die Besatzungsverwaltung und deren Lügen.

Wir wollen nun einige dieser Verwirrungsargumentationen näher unter die Lupe nehmen und dem interessierten juristischen Laien dazu einladen, sich ein vertieftes Bild von der Qualität der Ablenkung zu machen.

Das Angebot der Besatzungsagenten, sich verdummen zu lassen, ist groß. Wir bemühen uns die bekannten Methoden alle zu erfassen. Sollte der Leser in der unten aufgeführten Liste eine ihm bekannte Verwirrungsmethode vermissen, ist er gebeten, die RuW Redaktion darauf aufmerksam zu machen. Das gleiche gilt für Verständnisfragen.

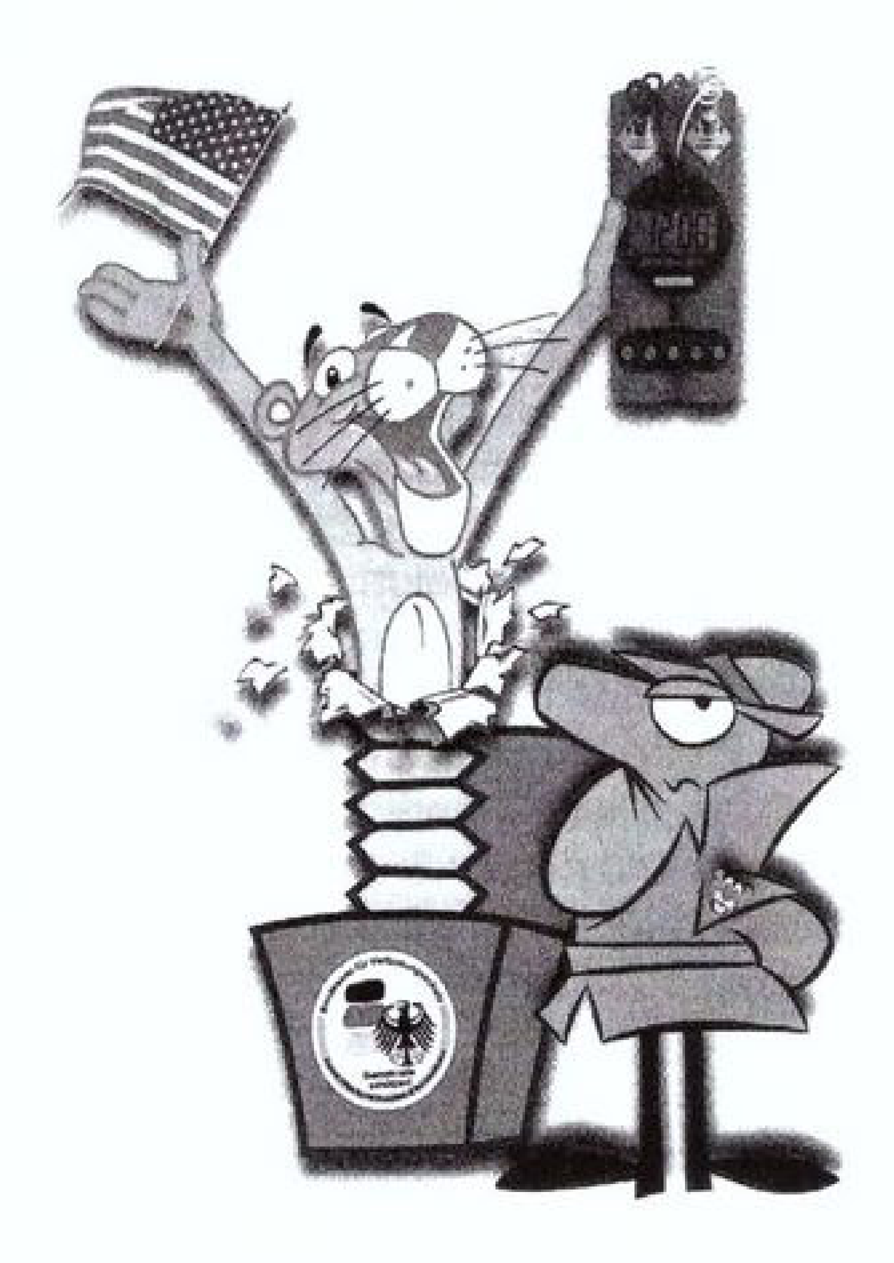
Liste der Täuschungen:

- BRD sei GmbH wegen Gründung einer Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH
- BRD sei Firma wegen Eintragung in privaten Auskunfteien: D&B, Upik oder KBO Public Search
- BRD = Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs
- BRD Personalausweis mache den Besitzer zu einer Sache / zu einem Sklaven / zu einer Firma
- Als Deutscher sei man staatenlos
- Als Deutscher habe man eine Nazistaatsangehörigkeit
- Als Deutscher solle man sich bei den Russen durch Antrag entnazifizieren lassen
- Als Deutscher habe man die Staatsangehörigkeit der Länder (z.B.: Sachsen, Preußen, Baden)
- Als Deutscher sei man von Hitler 1934 zum Kolonialeinwohner gemacht worden
- Als Deutscher sei man von Hitler 1934 zum Ausländer gemacht worden
- Als Deutscher brauche man einen Staatsangehörigkeitsnachweis der BRD
- Die Alliierten hätten alle nach dem 30. Januar 1933 erlassenen Gesetze rückwirkend verboten
- Deutschland habe einen Friedensvertrag
- Deutschland brauche keinen Friedensvertrag
- Für einen Friedensvertrag ist es zu früh
- US Handelsrecht sei das höchste Recht weltweit
- Entscheidungen des obersten Gerichtshofs der USA seien für Deutschland bindendes Recht
- Deutschland sei eine Kolonie der USA
- Es gilt die Verfassung des Deutschen Reichs von 1871
- Es gilt die Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1866
- Es gilt die Paulskirchenverfassung von 1848
- Es gilt die DDR Verfassung von 1949
- Als Selbstverwalter bin ich für die Bundesrepublik Deutschland unantastbar
- Als Selbstverwalter kann ich den Besatzungsbehörden Allgemeine Geschäftsbedingungen aufzwingen
- Als Selbstverwalter kann ich von den Besatzungsbehörden Schadensersatz fordern

Von den vielen Punkten sind die ***BRD als Firma***, das ***Ablehnen der Verfassung von 1919*** und die ***Verwirrung der Staatsangehörigkeit*** die erfolgreichsten Strategien der Besatzungsagenten. Dazu werden mühelos Gruppen gegründet oder unterwandert, welche dann die jeweiligen Inhalte in die Aufklärungsszene streuen. Die meisten sind mittlerweile enttarnt, aber es gibt sehr viele kleine Zellen, die sich unabhängig geben, obwohl sie das gleiche verbreiten wie bereits enttarnte Berufsagenten. Mittlerweile geben sich die Berufsagenten auch gerne einen spirituellen Anstrich, weil die Esoterikszene in Deutschland das Thema Souveränität, Besatzung & Friedensvertrag inzwischen auch als wichtig wahrgenommen hat.

Die BRD als Firma: Schon Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider weist in seinem lehrreichen Buch „Die Deutsche Souveränität", Kopp-Verlag, daraufhin: „All das Gerede von einer Deutschland GmbH ist Unsinn". Seine Rechtsauffassung, die Deutschen hätten per Gewohnheit das Grundgesetz

als Verfassung akzeptiert, obwohl den Deutschen der besatzungsrechtliche Zustand und Charakter des Grundgesetzes seit spätesten dem Überleitungsvertrag von 1955 verschwiegen wird, soll uns nicht weiter beschäftigen. Das deutsche Volk mag sich teilweise, aber nicht alle, an Unrecht gewöhnt haben. Das macht Unrecht aber nicht zu Recht.



Durch das Treiben der Besatzungsagenten weitverbreitet ist heute die Auffassung, die BRD sei eine GmbH, also ein reines Wirtschaftsunternehmen in Form einer juristischen Person. Diese Meinung wurde ab 2005 etwa verbreitet und wird gerne vom Namen der Bundesfinanzagentur (*Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH*) abgeleitet. Diese Schlußfolgerung ist jedoch bewußt falsch. Die Finanzagentur, also jene GmbH, die für die BRD die Schuldenaufnahme organisiert und abwickelt, ist zwar ein Wirtschaftsunternehmen in Form einer GmbH, aber Gesellschafter dieses Wirtschaftsunternehmens ist die BRD. Die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH ist ein Wirtschaftsunternehmen der Bundesrepublik Deutschland, so wie beispielsweise die Deutsche Reichsbahn, die Lufthansa und die Reichspost Wirtschaftsunternehmen des Deutschen Reiches sind. Deren illegale Privatisierung durch die Bundesrepublik Deutschland zählt nicht.

Nachdem die Besatzungsverwaltungsagenten bemerkten, daß sie mit der Firmen-BRD-GmbH-Nummer nur begrenzten Teilerfolg hatten, und zudem schon die Gegenaufklärung erfolgreich wirkte, bekamen wir ab etwa 2010 den „Firmennachweis" durch Eintragungen der Bundesrepublik und ihren Organen in privaten Auskunfteien. Diese kümmern sich in der Regel um Firmen, aber wegen des Geschäftsverkehrs zwischen Firmen und Behörden haben eben auch öffentliche Einrichtungen eine Nummer von privaten Auskunfteien bekommen. Die privaten Auskunfteien wie D&B oder Upik führen nach eigenen Angaben eben auch öffentliche Einrichtungen, nicht nur Firmen. Außerdem werden diese im Gegensatz zu den Firmen nicht bewertet. Eine „gesetzgebende Wirkung" hat so ein Eintrag ebenfalls nicht. Das alles „vergißt" aber der Geheimdienst und schickt seine Agenten, neu aufgestellt, mit beispielsweise folgenden Botschaften ins Volk.

Ein typisches Verhalten für einen Besatzungsagent im Jahre 2012: *„Kameraden, jetzt haben wir den absoluten Beweis!!! Verweis anklicken, speichern, auf Datenträger sichern und überall verbreiten, verbreiten, verbreiten!!!!!!!!! Das ist DIE Waffe!"* Der Beweis, der folgt ist dann dieser Art:

„UPIK® Datensatz - L

L Eingetragener Firmenname Bundesrepublik Deutschland L Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil BRD L D-U-N-S® Nummer341611478 L Geschäftssitz Dorotheenstr. 184 L Postleitzahl 10117 L Postalische Stadt Berlin Land Germany W Länder Code 276 Postfachnummer Postfach Stadt L Telefon Nummer 0302270 W Fax Nummer 03022736740 W Name Hauptverantwortlicher Joachim Gauck W Tätigkeit (SIC)9199"

Durch die Fülle an Informationen ist der juristische Laie überfordert und je nach Art der Präsentation geneigt, diese Sensation, diese Ungeheuerlichkeit zu schlucken und dann auch weiterzuverbreiten…!

Im Unterschied zu den Berufsagenten hat der juristische Laie aber ein natürliches Bedürfnis an der Wahrheitsfindung und wird sich durch Fakten wieder auf den Boden der Tatsachen zurückholen lassen. Ein Berufsagent darf das nicht.

Fazit: Die BRD als Firma darzustellen ist eine enttarnte Technik der Bundesagenten, weil dadurch der wahre Charakter der BRD als Besatzungsverwaltung vertuscht wird. Gespielt wird mit der Unkenntnis der neuen Laienjuristen, denen der Unterschied zwischen einer politischen Körperschaft und einer wirtschaftlichen Körperschaft anfangs selten sofort klar ist.

Das ***Ablehnen der Verfassung von 1919*** durch die Bundesagenten hat einen besonderen Grund. Die Verfassung von 1919 ist der Besatzungsverwaltung mehrfach ein Gräuel, weswegen diese verächtlich gemacht werden muß. Denn auf dieser verfassungsrechtlichen Grundlage trat Deutschland im Jahre 1939 in den Krieg ein. Die Alliierten und die ganze Welt richten sich nach dieser Verfassung von 1919. Die Militärregierungsgesetzgebung behandelt Deutschland auf der verfassungsrechtlichen Grundlage von 1919. Und nur auf dieser Rechtsgrundlage von 1919 ist ein Friedensvertrag zwischen den Alliierten und Deutschland zurzeit denkbar.

Die Besatzungsagenten verweisen immer auf das Unrecht, welches uns im und nach dem ersten Weltkrieg angetan wurde, um die Verfassung von 1919 zu diskreditieren. Dabei erwecken sie gerne den Eindruck als sei mit der Verfassung von 1919 das Deutsche Reich, gegründet 1871, neu entstanden. Das stimmt natürlich nicht. Das Deutsche Reich ist 1871 entstanden. Der Staatsaufbau wurde am 16. April 1871 in einer Verfassung schriftlich festgehalten. 1919 hat sich nicht das Reich neu gegründet, sondern das Deutsche Reich hat den Staatsaufbau verändert. Von einer Monarchie zu einer Republik. Das kann man mögen oder nicht, aber zurzeit ist die rechtsgültige Verfassung Deutschlands jene von 1919.

Gerne wird auch die Verfassung von 1919 mit dem Grundgesetz verglichen, denn diese sei ja von den Vertragsmächten in Versailles dem deutschen Volk aufgezwungen worden. Es seien also beides Besatzungsregelwerke.

Klären wir kurz die Unterschiede:

- Deutschland hat sich 1919 im gesamten noch zur Verfügung stehenden Staatsgebietes selbst eine neue Verfassung ge-

geben.

- *Deutschland hat sich 1949 in der Westalliierten Besatzungszone ein Grundgesetz geben und genehmigen lassen müssen, das gleiche geschah in der Sowjetischen Besatzungszone.*
- Die Verfassungsgebende Nationalversammlung 1919 wurde vom gesamten deutschen Volk im Januar 1919 gewählt.
- *Der Parlamentarische Rat wurde 1948 von den Alliierten eingesetzt.*
- Der Vertrag von Versailles wurde uns erst im Juni 1919 bekannt und forderte seine Anerkennung.
- *Im Vergleich zum Vertrag von Versailles steht die Militärregierungsgesetzgebung der Alliierten, welche seit 1945 in Kraft ist.*
- Deutschland wurde 1918 nicht im gesamten Staatsgebiet von den Alliierten besetzt.
- *Deutschland wurde 1945 im gesamten Staatsgebiet von den Alliierten besetzt – bis heute.*

Eine Gleichstellung der Deutschen Verfassung von 1919 und dem Grundgesetz als Besatzungsregelwerke soll dazu dienen, die Verfassung von 1919 zu diskreditieren, um so den Weg frei für die völlig untaugliche Verfassung von 1871 zumachen. Denn mit dieser lassen sich alle Bemühungen um Wiederherstellung der Souveränität, ein Ende der Besatzung und um einen Friedensvertrag in der breiten Masse lächerlich machen, und das zu Recht.

Ein weiterer Vorteil der Verfassung von 1871 liegt für die Besatzungsagenten in der Kleinstaaterei. Wenn nämlich die Verfassung von 1919 nicht gelten sollte, weil sie angeblich völkerrechtswidrig zustande gekommen wäre, dann würde natürlich auch die Verordnung vom 5. Februar 1934 durch die deutsche Regierung nicht gelten. Diese Verordnung ist eines der Hauptziele der Bundesagenten. Die mittelbare Reichsangehörigkeit (*über das Mittel Staatsangehörigkeit Preußen, Bayern, Sachsen besaß man die Staatsangehörigkeit des Deutschen Reichs*) wurde durch die Verordnung vom 5. Februar 1934 abgeschafft und durch die direkte, unmittelbare Staatsangehörigkeit Deutsches Reich ersetzt. Die Eigenstaatlichkeit der Länder im Deutschen Reich wurde damit beendet. Genau das versuchen die Bundesagenten aber wieder aufleben zu lassen.

Fazit: Die Bundesagenten erkennt man schnell an der oft emotional vorgetragenen Abneigung gegen die Verfassung von 1919, fernab jeder rechtlichen Realität.

Eigenstaatlichkeit der Länder schafft ***Verwirrung in der Staatsangehörigkeit.*** Es hätte zur Folge, daß die deutsche Staatsangehörigkeit nicht einheitlich wäre, sondern noch wie zu Kaiser's Zeiten in Sachsen, Preußen, Bayern usw. sich unterverzweigen würde. Das liegt natürlich im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, weil die Mehrheit von Otto Normal diese Ansicht natürlich als Unfug weit von sich weisen würde.

Gerade Menschen, die weltanschaulich panische Angst vor Nazis haben, und deswegen das Deutsche Reich bisher wegen Verdacht auf Drittes Reich ablehnten, konnten sich in den letzten Jahren für das Reichsmodell der Kleinstaaterei begeistern. Auch bei diesen zeigt sich aber Realitätssinn, wenn es um die Frage der Souveränität, der Besatzung und eines Friedensvertrages geht.

Nur in der Frage der Staatsangehörigkeit besteht große Verwirrung.

Zitate: „Bist Du Deutscher oder Preuße? Dann willst Du doch bestimmt Dein Preußen wiederhaben, oder? Du, ich verrat Dir noch was: Preußen hat übrigens nicht am zweiten Weltkrieg teilgenommen. Ist doch super für uns, ne?"

Mehr Zitate: „Oder bist Du gar nichts, also staatenlos? Hitler hat Dich 1934 zu einem Kolonialeinwohner gemacht, zu einem Ausländer, wußtest Du das nicht? Besitzt Du möglicherweise die Nazistaatsangehörigkeit? Staatsangehörigkeit Nationalsozialist? Oje, dann solltest Du Dich entnazifizieren lassen. Bei den Russen, am besten. Ja, klar. Einfach ein kleines Schreiben an die Militärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation in Moskau schicken mit der Bitte um Entnazifizierung und die Sache ist gebongt."

Wenn sich der erstaunte Leser nun fragen sollte, was denn die politische Zugehörigkeit zu einer Partei, in diesem Falle zur seit 1945 verbotenen NSDAP, mit der Staatsangehörigkeit zu tun haben sollte, möge er bitte die Bundesagenten fragen.
Der entnazifizierungswillige Leser sollte wissen, daß die Russen diese Anträge an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau weiterleiten. Von dort bekommen sie dann gegebenenfalls einen Brief des Inhalts, daß ihr Schreiben eingegangen sei. Tja, immerhin. Die Amis machen das übrigens genauso. Sie leiten weiter, aber im Unterschied zu den Russen hat man von denen noch nie eine Antwort bekommen, auch nicht von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington. Das sollte man wissen, bevor man am US Justizministerium Erfüllungsgehilfen der US Besatzungsverwaltung Bundesrepublik Deutschland anzeigt.

Fazit: An der Infragestellung der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit lassen sich Bundesagenten recht einfach erkennen. Sie werden alles versuchen, um die Verordnung vom 5. Februar 1934 zu diskreditieren und als illegal hinzustellen.

Wir möchten dem Leser Gelegenheit geben, anhand einer Checkliste, sein Wissen einzuordnen und darum bitten, mögliche Kritik, Verständnisfragen oder Ergänzungsvorschläge schriftlich an die RuW Redaktion zu senden.

Im Januar 2015 hatte der VDNV, Vereinigung Deutsche Nationalversammlung, ein Arbeitstreffen in Königstein im Taunus. Auf diesem Treffen wurde „Die Große Linie" festgestellt und schriftlich in den Königsteiner Ergebnissen festgehalten. Dazu gehört der besatzungsrechtliche Charakter der Bundesrepublik Deutschland.

Die Feststellungen im Einzelnen:

1. Deutschland trat unter dem international völkerrechtlichen Namen Deutsches Reich auf der verfassungsrechtlichen Rechtsgrundlage der Deutschen Verfassung von 1919 Anfang September 1939 in den Krieg.
2. Die Alliierten vollendeten die Besetzung Deutschlands bis zum 8. Mai 1945 und legten für Deutschland willkürlich die Grenzen vom 31. Dezember 1937 fest.
3. Seit der illegalen Verhaftung der Reichsregierung am 23.

Mai 1945 haben die deutschen Staatsangehörigen keine legitime Volksvertretung mehr.

4. Am 5. Juni 1945 übernehmen die Regierungen der Alliierten offiziell die Regierungsgewalt in Deutschland.
5. 1949 übertragen die Alliierten die stellvertretende Regierungsgewalt an die deutsche Unterverwaltung der Bundesrepublik Deutschland, bestehend aus den drei Westalliierten Besatzungszonen, und
6. an die der Deutschen Demokratischen Republik, bestehen aus der Sowjetischen Besatzungszone.
7. Die polnischen und sowjetisch verwalteten deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße Linie verbleiben bis heute in deren Verwaltung. Eine Abtretung dieser Gebiete ist nur durch eine legitime Volksvertretung möglich.
8. Für die deutschen Staatsangehörigen sind im Jahre 1949 sowohl BRD als auch DDR keine legitimen Volksvertretungen, sondern im tatsächlichen Charakter Besatzungsverwaltungen in deutscher Unterverwaltung. Diese hatten keine Vertretungsbefugnis vom deutschen Volk erhalten!
9. Das Grundgesetz wurde am 12. Mai 1949 von den Alliierten genehmigt, bevor es am 23. Mai 1949 in Kraft trat.
10. Ab 1949 stehen deutsche Staatsangehörige zwar unter der Herrschaftsgewalt der Besatzungsverwaltung Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik, aber das deutsche Volk kann und konnte von diesen rechtlich nicht vertreten werden, denn beide gründen auf und unterliegen dem jeweiligen Besatzungsrecht sowie höherrangig dazu noch dem alliierten Kriegsrecht.
11. Die Besatzungsverwaltungen BRD und DDR können somit kein verkörperter Ausdruck des deutschen Volkswillens sein. Eine rechtliche Vertretung des Deutschen Volkes durch BRD oder DDR ist und war also unmöglich, denn es fehlt (!) die Vertretungsvollmacht vom deutschen Volk.
12. 1955 wird das Besatzungsrecht im Überleitungsvertrag festgezurrt und dessen Bedeutung dem deutschen Volk verschwiegen. Statt dessen erfolgt bis heute die Vorspiegelung einer nicht existierenden vollen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland.
13. 1990 erfolgte, - ohne Beteiligung des deutschen Volkes -, die Zusammenlegung der beiden Besatzungsverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu einer einzigen mit dem Namen Bundesrepublik Deutschland.
14. 1990 wurde mit dem 2+4 Vertrag kein Friedensvertrag mit dem deutschen Volk geschlossen und es auch nicht in die Souveränität entlassen, sondern die Alliierten haben mit dem 2+4 Vertrag und dem Einigungsvertrag lediglich ihre eingesetzten deutschen Unterverwaltungen zusammengeführt und verschlankt.
15. Der 2+4 Vertrag ist auch deshalb schon kein Friedensvertrag, weil ein Friedensvertrag nur mit einer legitimen deutschen Volksvertretung abgeschlossen werden kann, die auf Rechtsgrundlage oder legitimer Rechtsnachfolge des verfassungsrechtlichen deutschen Staates Deutsches Reich im Namen des deutschen Volkes handlungsbefugt ist.
16. Der fehlende Friedensvertrag ist eine moralische Belastung und Ausdruck des ungeklärten Rechtsverhältnisses des deutschen Volkes zu allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen.
17. Die Feindstaatenklauseln der UNO Charta Artikel 53 und Artikel 107 richten sich gegen Deutschland und somit gegen deutsche Staatsangehörige.
18. Die UN Mitglied Besatzungsverwaltung Bundesrepublik Deutschland ist nicht Deutschland.

Es liegt im Interesse der Bundesrepublik Deutschland diese Informationen mit allen Mitteln zu bekämpfen. Deswegen sind Bundesagenten in der rechtlichen Aufklärung auch schnell enttarnt. Es ist so, als hätten wir inzwischen Radar und Sonar zur Feinderkennung, aber die bundesdeutschen U-Boote haben keinerlei Abwehrmittel dagegen außer auf Tauchstation zu verbleiben. Immerhin.